

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Günter Verheugen

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch
mit Michael Gehler

Discussion Paper

C221
2014

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-941928-30-5

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

Günter Verheugen war Politiker der FDP, aus der er 1982 wegen des Koalitionswechsels zur CDU/CSU ausschied. Noch im gleichen Jahr schloss er sich mit anderen FDP-Mitgliedern der SPD an. 1983-1999 SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag, 1983-1998 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, 1992 Vorsitzender des Sonderausschusses Europäische Union (EU), zuständig für Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, 1994-1997 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, 1993-1995 Bundesgeschäftsführer der SPD, 1997 Vorsitzender des Komitees für Frieden, Sicherheit und Abrüstung der Sozialistischen Internationale (SI) und von 1998-1999 Staatsminister im Auswärtigen Amt. Unter Romano Prodi von 1999-2004 Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für die Erweiterung. 2004-2010 Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik. Nach seinem Ausscheiden aus der Europapolitik ist Verheugen als Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder tätig.

Michael Gehler, Professor am Institut für Geschichte an der Universität Hildesheim. 1999-2006 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien, Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. 2006 Jean Monnet ad personam Chair für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Integrationsgeschichte durch die EU-Kommission, seit 2013 Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien.

Günter Verheugen

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Herzlich willkommen Günter Verheugen. Können Sie uns zunächst kurz etwas zu Ihrem Elternhaus, zu Ihrer Erziehung und zu prägenden Einflüssen in der Kindheit und Jugend erzählen?

Verheugen:

Meine Eltern stammen beide aus Arbeiterfamilien, meine Mutter aus einer kommunistischen und mein Vater aus einer sozialdemokratischen. Mein Großvater ist allerdings 1914 aus der SPD ausgetreten und nie wieder eingetreten, weil er gegen die Bewilligung der Kriegskredite war. Meine Eltern haben sich in der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik kennen gelernt. Nach dem Krieg hat mein Vater eine bemerkenswerte Karriere gemacht. Er war ein Gründertyp und hat Genossenschaftsbanken gegründet. Heute würde man sagen, er war ein Mittelstandsvertreter. Auch war er kommunalpolitisch in der FDP tätig. Diese politische Tätigkeit wiederum hat mich überhaupt in Verbindung mit der Politik gebracht. Ansonsten muss ich allerdings sagen, dass mein Elternhaus wenig politisch war. Ich war derjenige, der etwas aus der Art geschlagen ist. Man würde mein Elternhaus heute vielleicht als ein etwas sehr Bürgerliches bezeichnen. Es war ein Elternhaus, das sehr darum bemüht war, uns Kindern, wir waren vier Jungs und ein Mädchen, die besten Bildungsmöglichkeiten zu geben, die offen standen. Wir haben davon

Günter Verheugen

unterschiedlich Gebrauch gemacht. Wie auch immer, die Wertvorstellungen, mit denen ich aufgewachsen bin, waren eher konservativ. Dasselbe gilt auch für meine Schule.

Gehler:

Gab es für Sie in jungen Jahren politische oder auch andere Vorbilder?

Verheugen:

Ich hatte immer eine Scheu zu sagen: „Der und der ist mein politisches Vorbild.“ Ich empfinde das als eine gewisse Anmaßung. Deshalb kann ich diese Frage schwer beantworten. Ich kann sagen, wer mich in jüngeren Jahren sehr beeindruckt hat. Wie für alle in meiner Generation war John F. Kennedy eine prägende Gestalt. Ich muss hier aber auch Albert Schweitzer nennen. Nun lebte ich ja in der Nähe von Bonn und war in relativ engem Kontakt mit der Bonner Politik. Der erste Politiker, den ich kennen gelernt habe und der mich wirklich beeindruckt hat, war Thomas Dehler, den heute kaum noch jemand kennt. Als ich selbst später den Bundestagswahlkreis Kulmbach/Lichtenfels übernahm, wusste damals noch kaum jemand in Lichtenfels, dass Thomas Dehler dort geboren war. Ich habe dann dafür gesorgt, dass an seinem Geburtshaus eine Plakette angebracht und auch im Rathaus ein Bild von ihm aufgehängt wurde. Politisch hatte er mich sehr beeindruckt. Dann kommt schon die Phase, in der ich selber aktiv war und dort war die für mich entscheidende Person Hans-Dietrich Genscher.

Gehler:

Wir sollten auch nach Ihrer Schule und Ausbildung fragen.

Verheugen:

Ich habe vier Jahre Volksschule in meiner Heimatstadt Brühl im Rheinland absolviert, dann neun Jahre humanistisches Gymnasium. Es folgten zwei Jahre einer Ausbildung zum Redakteur bei der *Neuen Ruhr Zeitung*. Danach habe ich Geschichte und Soziologie studiert, bin aber noch vor Abschluss des Studiums sozusagen „eingezogen“ worden bei Bildung der sozial-liberalen Koalition von Hans-Dietrich Genscher. Er wollte mich in seinem persönlichen Stab haben. Meinen Einwand, mit der Doktorarbeit noch nicht fertig zu sein, ließ er nicht gelten: „Das machen Sie doch nebenbei, außerdem dauert das hier nicht lange.“ Damit meinte er die

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

sozial-liberale Koalition. Beides war ein großer Irrtum, weshalb ich auch weiß, dass man eine Doktorarbeit nicht „nebenher“ schreiben kann. Mein Versuch, dort wieder anzuknüpfen, ist mehrfach gescheitert, weil Genscher mir immer neue Angebote machte. Mitte der 1970er Jahre war der Weg zum Berufspolitiker beschritten und es gab kein Zurück mehr. Im Grunde kann man sagen, dass seit 1969 Politik mein Beruf in verschiedensten Funktionen war. Von 1969, dem Beginn der sozial-liberalen Koalition, bis zum Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt 1974 war ich im Bundesinnenministerium tätig. Das war eine sehr schöne Zeit, weil sich das Innenministerium damals als Motor der Reformpolitik verstanden hat. Das erste bundesdeutsche Umweltprogramm stammt aus diesem Ministerium, was heute keiner mehr weiß. Dann wollte Genscher, dass ich mitging ins Auswärtige Amt, was ich eigentlich nicht wollte. Das waren drei sehr schöne Jahre, die mir sehr viele Einsichten gebracht haben. Es war ein gewaltiges Privileg, in meinem Alter durch die ganze Welt zu kommen – Genscher war am Anfang sehr reisefreudig – und den Großen dieser Welt zu begegnen. Ich erlebte die EWG, die UNO und die NATO von innen und seitdem hat mich die Außenpolitik nicht mehr losgelassen. Ich war auf allen großen Reisen und wichtigen Konferenzen dabei. Von daher stammt auch meine erste Berührung mit der europäischen Politik. Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1974 habe ich noch mitbekommen. Im Mai 1974 nahm ich zum ersten Mal als Teil der deutschen Delegation an der Sitzung des Ministerrats teil. Ich muss sagen, es hat mich nicht interessiert. Ich fand es eher langweilig, technokratisch, zu kompliziert. Das hat Auswirkungen gehabt, denn ich habe mich jahrelang nicht um diese Form der Europapolitik gekümmert. Das kam erst wieder 20 Jahre später aus ganz anderen Gründen. 1977 erfolgte dann der Schritt in eigenständige Verantwortung, als ich Bundesgeschäftsführer und später Generalsekretär der FDP wurde.

Gehler:

Bitte schildern Sie uns kurz, wie Sie den Weg in die Politik gefunden und warum Sie sich zunächst für die Mitgliedschaft in und die Tätigkeit bei der FDP entschlossen haben?

Günter Verheugen

Verheugen:

Ich habe ja schon angedeutet, dass dies dem Einfluss meines Vaters geschuldet ist. Ich erinnere mich noch genau an ein Abendessen zu Hause – ich war stolze fünfzehn Jahre – als mein Vater sagte: „Ich muss jetzt rüber in den 'Brühler Hof' (die Kneipe, wo die FDP tagte). Willst du nicht mitkommen?“ Also ging ich mit. Ich fand es interessant, was dort besprochen wurde. Am nächsten Tag fragte mich mein Vater, wie ich es gefunden hätte. Als er hörte, dass ich fasziniert war, gab er mir den Auftrag, die Jugendarbeit für die örtliche FDP in Gang zu setzen. Ich habe nicht lange darüber nachgedacht, fühlte mich geehrt, und war sehr erfolgreich bei der Umsetzung. Auf diese Weise wurde ich Mitglied einer Organisation, die damals „Deutsche Jungdemokraten“ hieß. Es war der Jugendverband der FDP. Ich erinnere mich gut daran, dass ich etwas verstört war, als ich die zehn Leitsätze dieser Organisation in die Hand bekam. Der erste hieß: „Wichtigstes Ziel der Deutschen Jungdemokraten ist die Pflege des Reichsgedankens“ (oder so ähnlich). Zum Glück wusste ich nicht, was das ist. Ich fragte meinen Vater, aber der wusste es auch nicht so genau oder er wollte es mir nicht sagen. Mein erstes Gefühl war: da stimmt etwas nicht. Als ich anfang, eigenes politisches Bewusstsein zu entwickeln, zu lesen und Leute kennen zu lernen, merkte ich schnell, dass ich in einem ziemlich rechten Verein gelandet war. Man kann sagen, dass die FDP gerade in Nordrhein-Westfalen ein Sammelbecken für alte Nazis war. 1961 wollte ich wieder austreten. Es gab eine Veranstaltung unter dem Hermannsdenkmal in Detmold mit Fackeln und einer wilden nationalen Rede von Erich Mende. Ich war dort mit ungefähr 20 Freunden aus meiner Heimatstadt und ich sagte zu ihnen: „Wir sind hier auf dem falschen Dampfer.“

Da klopfte mir jemand auf die Schulter und fragte, ob er kurz mit mir sprechen dürfte. Er stellte sich vor als Gerhart Baum, Vorsitzender der Jungdemokraten in Köln. Er könne gut verstehen, was ich gerade gesagt hatte, aber er wolle mir etwas erklären. Da die Zeit an diesem Abend nicht reichte, verabredeten wir uns zum Kaffee in Köln. Er öffnete mir die Augen über die Lage dort in Detmold. Es gab nämlich einen großen Richtungsstreit in der FDP und die Jüngeren, u. a. er, machten den

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Versuch, die FDP auch in NRW zu einer wirklich liberalen Partei zu machen. In anderen Teilen Deutschlands war sie es zumindest teilweise. Gerhart Baum sagte, sie bräuchten eigentlich jeden, der da mitmachen könnte. Das war ein ziemlich entscheidender Moment. Ich las dann wie wild alles über den politischen Liberalismus und seine Geschichte in Deutschland, und es ist so, dass mich die Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Verantwortung wirklich gepackt hat. So geriet ich also in einen jahrelangen Strudel heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen. Die Härte kann man sich heute kaum noch vorstellen, aber trotzdem habe ich auch viel Spaß dabei gehabt, und abgehärtet hat es mich auch.

Diese Periode endete 1968 mit dem Freiburger Parteitag der FDP, wo der Führungswechsel vollzogen wurde von der Generation Erich Mende zur Generation Walter Scheel/Hans-Dietrich Genscher. Das war der Beginn der sozial-liberalen Erneuerung der FDP. Irgendwann hatten wir gewonnen, aber der Sieg hat nicht lange angehalten. Erst im Laufe dieser Jahre wurde mir klar, was liberale Politik eigentlich bedeutet: vor allem, dass Freiheit gesellschaftlich erfüllt werden muss. Die Inanspruchnahme von politischer Freiheit hängt von sozialen Voraussetzungen ab, die geschaffen werden müssen. Damit, dass wir das heute immer noch als „sozial-liberal“ bezeichnen, habe ich das geringste Problem. Mein politisches Bewusstsein hat sich eigentlich in der Praxis entwickelt.

Es gibt einen zweiten Strang. Der hängt mit der Situation der 1960er Jahre in Deutschland zusammen: Die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit. Das war ein Thema, das mich sehr früh erreicht hat. Das hing auch mit den Aktivitäten bei den Jungdemokraten zusammen, von denen ich schon gesprochen habe. Im Jahr 1962 gehörte ich zur ersten Delegation der deutschen politischen Jugendverbände, die nach Israel reiste. Damals war ich 18 Jahre alt. Fast alle Teilnehmer von damals haben später in der deutschen Politik eine Rolle gespielt. Diese Reise nach Israel hat etwas in mir in Gang gesetzt. Mir wurde später vorgeworfen, ich hätte in Israel eine Gehirnwäsche erlebt. Das ist Quatsch. Es war keine Gehirnwäsche, sondern mir sind dort die Augen aufgegangen. Ich habe dort erst wirklich ganz erfasst, was geschehen war. Das hat meine Position in der FDP natürlich

Günter Verheugen

nicht einfacher gemacht. Wenn Sie in Archiven nachsehen, werden Sie feststellen, dass ich 1967 zum ersten Mal bundesweit in den Medien auftauchte, als ich Chefredakteur der Monatszeitschrift der Jungdemokraten war. Ich hatte einen Artikel geschrieben über die Frage der Schuld der Wehrmacht am Massenmord, der der damals in Deutschland gängigen These, dass die Wehrmacht „sauber“ war, vehement widersprach. Dafür sollte ich aus der FDP ausgeschlossen werden. Es wurde ein Ausschlussverfahren in Gang gesetzt, aber es kam nie zur Verhandlung und schief irgendwie ein. Die Konfrontation mit unserer Geschichte war für mich prägend – bis heute.

Gehler:

Wann haben Sie zum ersten Mal Europa bzw. den europäischen Integrationsgedanken wahrgenommen? Welches Bild hatten Sie zu dieser Zeit von Europa und dem, was es einmal werden sollte?

Verheugen:

Wirklich bewusst habe ich Europa erst während meines Studiums wahrgenommen. Vielleicht, aber ich erinnere mich nicht genau, während meiner Ausbildungszeit bei der Tageszeitung, als ich in der politischen Redaktion war. Natürlich begegnete mir das Thema beim Studium, aber zu diesem Zeitpunkt war es nicht MEIN Thema. Ich kann mich nicht erinnern, dass Europapolitik in meiner eigenen, ja schon durchaus breit angelegten politischen Arbeit oder in meiner Schulzeit eine Rolle gespielt hätte. Ich erinnere mich an viele politische Ereignisse der 1950er Jahre, meine Erinnerung geht weit zurück, aber es ist nichts Europapolitisches dabei.

Gehler:

Sie haben Ihre Arbeit im Innenministerium bereits angedeutet. Was waren Ihre Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bevor Sie dem Arbeitsstab „Analysen und Informationen“ im Auswärtigen Amt angehört haben?

Verheugen:

Das ist eine eher verschleierte Bezeichnung für das, was ich wirklich gemacht habe. Ich war die politisch rechte (oder linke) Hand des Ministers. Ich war der Redenschreiber, aber auch ein Ideenlieferant und Diskussionspartner mit Verbindung zur Innenpolitik und auch zur FDP. Es

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

war eine hochpolitische Arbeit, die mit der Berufsbezeichnung, die ich hatte „Leiter des Referats Öffentlichkeitsarbeit“, sehr unzulänglich beschrieben war. Die Öffentlichkeit wusste es nicht, wohl aber die Beamten im Ministerium. Man würde es heute als politischen Berater bezeichnen.

Gehler:

1982 wechselten Sie von der FDP zur SPD. Wie kam es dazu?

Verheugen:

Das ist eine lange Geschichte. Ich versuche einmal, es auf das Wesentliche zu reduzieren. Das tiefere Problem war die Auseinandersetzung der FDP über ihre generelle Richtung: weitere Entwicklung der Freiburger Thesen, also ihrer sozial-liberalen Orientierung, oder eher zurück in die bürgerliche Mitte, in Äquidistanz zu Sozialdemokraten und zur CDU, also eher die Genscher-Linie. Im Grunde war ab Mitte der 1970er Jahre die FDP in zwei Flügel zerfallen. Für mich war es ein großes Problem. Von meiner Überzeugung her gehörte ich zum linken Flügel, von meiner Funktion als Generalsekretär aber war ich natürlich verpflichtet, den ganzen Laden zusammen zu halten, mit besonderer Loyalität zum Parteivorsitzenden, was viele Konflikte ausgelöst hat. Konkret ging es dann 1982 um die Frage des Weiterbestands der sozial-liberalen Koalition. Wie viele andere, in der SPD und auch in der FDP, war ich der Meinung, dass diese Koalition nicht zu Ende war, dass sie sich aber erneuern musste. Die Themen der zu dieser Zeit erkennbaren breiten gesellschaftlichen Bewegungen (Friedensbewegung, Umweltbewegung, Frauenbewegung usw.) mussten aufgegriffen werden. Mir war auch klar, dass das mit einem Bundeskanzler Helmut Schmidt wohl nicht möglich war. Diese Meinung wurde auch von wichtigen Leuten in der SPD geteilt, z.B. von Willy Brandt, Egon Bahr, Peter Glotz, aber sie konnten Schmidt nicht dazu bewegen, die Politik zu verändern, was dazu geführt hat, dass die Grünen aufkamen und das ließ die Konflikte immer größer werden. Ich möchte jetzt die inhaltlichen Konflikte nicht darstellen, die diese Koalition praktisch an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht hatten.

Günter Verheugen

Am Ende ging es für die FDP um die Frage, ob jetzt ein Koalitionswechsel notwendig war oder nicht und wie man ihn vollziehen könnte. Ich bin dankbar, dass Sie mich fragen, denn in der Literatur wird Manches falsch dargestellt, jedenfalls was mich angeht. Meine Position war nicht, dass man keine Koalition mit der CDU eingehen durfte. Ich wusste als Generalsekretär, dass diese Koalition die nächste Bundestagswahl verlieren würde, es sei denn, man hätte eine ganz andere Politik begonnen. Das war aber nicht der Fall. Mir war durchaus klar, dass die Koalitionsfrage kommen würde. Es war eigentlich mehr ein Methodenstreit. Doch dieser Methodenstreit hatte eine moralische Dimension. Die FDP hatte den Wahlkampf 1980 mit dem Wahlversprechen Helmut Schmidt als Kanzler zu unterstützen sehr erfolgreich geführt. Am Rande bemerkt: in der Wahlnacht 1980 erschien Helmut Schmidt, noch bevor er in die SPD-Parteizentrale ging, in meinem Büro in der FDP-Zentrale und schrie mich an: „Vergessen Sie niemals, das sind meine Stimmen, auf die Sie hier so stolz sind.“ Ich erwiderte ihm, er brauche sich nicht aufzuregen, ich würde es ganz genauso sehen wie er. Darauf könne er sich verlassen. Die bei dieser Bundestagswahl gewonnenen FDP-Stimmen beruhten auf einem ganz präzisen Wahlversprechen. Meine These lautete schlicht und einfach: Wir dürften diese Stimmen nicht dazu verwenden, Helmut Schmidt zu stürzen, um mit den gleichen Stimmen Helmut Kohl zum Kanzler zu machen. Wenn wir sagen, diese Regierung ist am Ende, es geht nicht mehr, dann müssen wir erstens einen Parteitag machen, wo wir das von der Partei legitimieren lassen und zweitens müssen wir Neuwahlen haben. Dann müssen wir eben kämpfen und sehen, ob es geht. Das war der Streit.

Natürlich steckte dahinter meine, wie ich heute noch glaube, sehr berechtigte Überzeugung, dass es auf einem Parteitag eher zu einem Führungswechsel in der FDP als zu einem Koalitionswechsel kommen würde. Es ging darum, ob ein Bundesparteitag stattfindet, bevor die neue Regierung gebildet wird oder nicht, und ob es dann Neuwahlen gibt. Der Ausgang ist bekannt. Die Linken in der FDP konnten sich nicht durchsetzen, wenn auch mit ganz knappen Ergebnissen, im Parteivorstand damals fehlte nur eine einzige Stimme. Ich bin dann mit vielen anderen zu dem Entschluss gekommen, dass unter diesen Bedingungen eines

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Koalitionswechsels die FDP in eine Richtung gedrängt würde, die verhängnisvoll sein würde. Man konnte es schon daran erkennen, wie das Regierungsprogramm aussah und wer in die Regierung eintreten durfte, daran, dass Gerhart Baum als Innenminister abgelöst wurde von Friedrich Zimmermann. Das war eine sehr symbolische Entscheidung.

Während dieser Phase gab es einen ersten Kontakt mit Willy Brandt, der mich gefragt hat, ob ich mir vorstellen könnte, für die Sozialdemokraten im Bundestag zu kandidieren. Zunächst habe ich abgelehnt. Dann aber hat Brandt ein wenig insistiert. Das letztlich Ausschlaggebende war, dass er gesagt hat: „Ich möchte nicht, dass Sie jetzt zum Sozialdemokraten werden, dass Sie etwas anderes tun. Was ich möchte ist, dass Sie die SPD ein Stück liberaler machen.“ Er sagte, er wolle nicht, dass die SPD mich veränderte, sondern dass ich die SPD veränderte. Das war natürlich ein großes Wort. Das konnte so nur Brandt sagen. Angesichts der Erfahrung mit innerparteilichen Richtungskämpfen, die ich schon hatte, sah ich natürlich, was vor mir liegen würde. Diese Idee von Willy Brandt, die institutionell umgesetzt wurde in einem sozial-liberalen Gesprächskreis, ist in der SPD auch nicht realisiert worden. Ich als Einzelner habe mich dort durchsetzen können. Aber ich möchte bezweifeln, dass ich die SPD liberaler gemacht habe. Ich hatte allerdings nie das Problem, dass ich mich verbiegen musste. Die Entscheidung, letztlich für die SPD zu kandidieren, hing damit zusammen, dass ich zu dem Ergebnis gekommen war, dass es in der FDP keine Chance mehr gab für die Politik, für die ich stehe oder für die Tradition, in der ich mich sah, die Tradition des fortschrittlichen Liberalismus in Deutschland bis zurück in die Paulskirchenzeit. Es gibt ja eine Traditionslinie des linken Liberalismus in Deutschland, mit einer kurzen Zeit der Hochblüte in der Weimarer Republik und einer zweiten Hochblüte in den 1970er Jahren. Diese Traditionslinie ist versandet. Es gibt nur noch Einzelne, die dafür stehen, aber die traurige Feststellung ist, dass diese Tradition in Deutschland ausstirbt, obwohl wir sie dringend bräuchten. Persönliche Enttäuschung kam dazu. Ich fühlte mich von meinem Parteivorsitzenden getäuscht, weil er mich in seine Pläne nicht eingeweiht hatte. Die genauen Abläufe damals sind ja nie bekannt geworden. Wenn Sie Memoiren lesen, auch von Herrn Genscher, finden

Günter Verheugen

Sie das, was wirklich passiert ist, nicht. Darüber wird der Mantel des Schweigens gebreitet. Obwohl ich heute mit Hans-Dietrich Genscher ein sehr gutes und sogar freundschaftliches Verhältnis habe, haben wir darüber nie wieder gesprochen. Wir vermeiden dieses Thema, wie Männer halt so sind.

Gehler:

Weil Sie Hans-Dietrich Genscher gerade ansprechen, interessiert uns natürlich auch eine Charakteristik von ihm.

Verheugen:

Er ist eine herausragende Persönlichkeit mit ungewöhnlich schneller Auffassungsgabe und hoher Analysefähigkeit, mit der er etwas verbindet, was man eher selten findet, nämlich die Fähigkeit, Sachverhalte nicht nur schnell intellektuell zu durchdringen, sondern auch operativ etwas daraus zu machen. Er ist, anders als er oft dargestellt wird, nicht der ewige Taktiker, sondern man sieht bei ihm schon Grundlinien, an die er sich gehalten hat, die immer wieder durchscheinen. Er hat auch Schwächen, doch wer hat die nicht? Alles das, was ich handwerklich in der Politik gelernt habe, habe ich von ihm gelernt. Politik ist ja auch Handwerk. Sie leidet übrigens heute darunter, dass dieses Handwerk von vielen, die Politik betreiben, schlecht beherrscht wird. Das politische Handwerk habe ich bei Genscher gelernt. Ich betrachte ihn nicht nur als meinen Mentor, der er viele Jahre war, übrigens auch gegen Widerstände, es war ja nicht so, als wäre ich unumstritten gewesen in der FDP. Die Förderung, die ich durch Genscher erfahren habe, hat ihn durchaus auch in Schwierigkeiten gebracht. Er war in vieler Hinsicht auch ein Lehrer. Für mich ist er ein Mensch, der für mein Leben ganz wesentlich ist.

Gehler:

Erlebt haben Sie auch Willy Brandt als markante Persönlichkeit. Hier würden wir auch gerne eine Charakterisierung aus Ihrer Sicht erfahren.

Verheugen:

Willy Brandt war ganz anders. Ich betrachte es als Privileg, dass ich auch eine Zeit lang ganz eng und persönlich mit Willy Brandt zusammen arbeiten konnte. Ungefähr ein halbes Jahr lang war ich sein Sprecher. Er

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

hatte eine ungewöhnliche Fähigkeit der Empathie. Wir verstanden uns fast ohne Worte. Ich war ohne weiteres in der Lage, für ihn eine Rede zu schreiben oder einen Text zu entwerfen, den er, ohne ein Wort zu verändern, vorgetragen hat. Kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, es wäre nicht von ihm selbst geschrieben. Die Art und Weise, wie er etwas sagte, war mindestens genauso wichtig wie das, was er sagte. Ich habe ihn sehr verehrt.

Bei einer politischen Richtungsentscheidung, die wenig bekannt ist, haben wir uns zusammen gerauft. Zu der Zeit beschäftigte ich mich im Bundestag sehr stark mit Südafrika. Ich war sehr früh zu der Erkenntnis gekommen, dass man das Apartheidregime mit Sanktionen bekämpfen muss. Das war aber in der SPD umstritten. Hauptgegner war Egon Bahr. Er war vor allem deshalb dagegen, weil er wusste, dass auch Willy Brandt dagegen war. Brandt hatte immer eine Abneigung gegen Sanktionen als Mittel der internationalen Politik. Wir haben das viel diskutiert und er berichtete von den wirkungslosen Abessinien-Sanktionen und dem Völkerbund aus den 1930er Jahren. Ich hielt das für eine historisch ganz andere Situation. Jedenfalls konnte ich ihn dazu bringen, mit seiner Autorität und seinem weltweiten Ruf nach Südafrika zu fahren und mit den Leuten an Ort und Stelle zu reden. Also sind wir nach Südafrika geflogen. Ich habe diese Reise vorbereitet und es kam zu einem Treffen mit Bischof Tutu, aber auch zu einem Treffen mit dem südafrikanischen Präsidenten Pieter Willem Botha. Offenbar hatte Willy Brandt die Hoffnung, dass er Botha mit seiner großen moralischen Autorität beeinflussen konnte. Es war ein Gespräch zu viert, auch Botha hatte nur einen note taker dabei. Es gibt nur eine einzige Niederschrift dieses Gesprächs, die ich angefertigt habe, die aber niemals gedruckt wurde. Botha zeigte sich von der schlimmsten Seite, und ich merkte, wie Willy Brandt neben mir geradezu versteinerte. Botha zeigte nicht eine Spur von Einsicht, stattdessen fragte er sehr aggressiv, was wir denn in Deutschland mit Terroristen machen würden, wir würden sie doch auch umbringen, und alle diese Sprüche. Willy Brandt verschlug es die Sprache. Nur ganz am Ende sagte er noch vier oder fünf kurze Sätze, in dem Sinne, dass Botha mit dieser Haltung scheitern würde. Dann gingen

Günter Verheugen

wir raus. Ein riesiger Pulk von Journalisten erwartete uns und Brandt sagte nur: „This man showed a remarkable degree of stubbornness.“

Dann änderte Brandt den Kurs der Sozialistischen Internationale und sie schwenkte auf eine Pro-Sanktionspolitik ein. Das war vielleicht nicht ausschlaggebend am Ende, aber es hat einen Beitrag geleistet. Willy Brandt war für mich sehr wichtig und es hat mich sehr geschmerzt, dass sein Rücktritt, jedenfalls der letzte Auslöser dazu, ausgerechnet mit mir zusammenhing. Ich war sein Sprecher und es war klar, dass ich das nur übergangsweise machen könnte, weil ich Bundestagsabgeordneter war. Das ist keine gute Kombination. Willy Brandt sah das auch so. Es ging also um die Frage meiner Nachfolge als Sprecher. Ich drängelte, denn ich wollte heraus aus dieser Sache. Wenn ich nicht so gedrängelt hätte, wäre es vielleicht nicht zu dieser Situation gekommen mit Frau Nicht-Doktor Mathiopoulos, die von ihm ausgesucht wurde. Er nahm es auch allen persönlich sehr übel, die ihm von dieser Wahl abrieten. Ich war auch einer davon. Diese „Affaire“ war der letzte Anlass, weshalb Willy Brandt zurückgetreten ist. Der tiefere Grund lag wohl ganz woanders. Aber für mich war es schmerzlich, dass ich damit überhaupt etwas zu tun hatte.

Gehler:

Vielleicht bieten Sie uns noch eine kurze Charakterisierung von Rudolf Scharping?

Verheugen:

Auch er war ein sehr intelligenter und analysefähiger Politiker. Meiner Meinung nach überdurchschnittlich, allerdings mit zwei handicaps versehen: Er hatte ein falsches Bild von sich selbst und von seiner Wirkung auf andere. Außerdem, denke ich, hatte er auch ein Kommunikationsproblem. Es war nicht immer einfach, mit ihm zu kommunizieren. Er hat sich überschätzt, aber umgekehrt hat man es ihm auch nicht leicht gemacht. Es gehört zu den eher unerfreulichen Kapiteln der sozialdemokratischen Politik, wie Rudolf Scharping unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Parteivorsitzender Mobbing erfahren musste. Manchmal habe ich mich schon gewundert, mit welcher Geduld er das ausgehalten hat. Er konnte den Konflikt mit Oskar Lafontaine am Ende natürlich nicht gewinnen und

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

wurde so zu einer unglücklichen Figur in der Geschichte der SPD. Aber Rudolf Scharping hat auch sehr liebenswürdige Seiten, das muss ich schon sagen. Er war sehr fürsorglich und als Freund sehr wertvoll, aber ein Parteiführer war er nicht.

Gehler:

Joschka Fischer?

Verheugen:

Joschka Fischer ist eine Ausnahmeerscheinung, ein unglaubliches rhetorisches Talent und blitzgescheit, aber eben auch tapfer. Er ist jemand, der mit großem taktischem Geschick für seine Überzeugung kämpft. Wir haben uns im Jahre 1994 etwas besser kennen gelernt, als die Option für die SPD bestand, eine rot-grüne Regierung zu bilden. Ich war der Bundesgeschäftsführer der SPD, praktisch Generalsekretär. Damals gab es diese Bezeichnung noch nicht. Ich war im Schattenkabinett von Scharping gleich in drei Posten vorgesehen: Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungshilfeminister. Ich habe erst nicht verstanden warum, dann aber später gemerkt, dass Scharping wohl in Wahrheit auf eine große Koalition spekuliert hat, in der er Außenminister werden wollte. Deshalb musste er einen Schattenaußenminister haben, der den Anspruch nicht ernsthaft verteidigen konnte. Ich hielt damals den Wahlsieg für möglich. Er war ja auch in Reichweite. Und ich wäre auch gerne Außenminister geworden. Da sagte Scharping zu mir, das müsse ich mit Fischer besprechen. Fischer wiederum sagte mir, dass er noch nicht Außenminister werden wolle und mir nicht im Wege stehe würde. Das Außenamt interessierte ihn schon, aber er dachte nicht, dass die Zeit dafür reif sei. Ich war überrascht, denn ich hatte mit Widerspruch gerechnet. Das war ein sehr offenes Gespräch.

Wie Sie wissen, kam es dann nicht dazu, aber wir saßen dann noch ein paar Jahre zusammen in der Opposition im Bundestag und haben uns viele Bälle zugeworfen. Wir verstanden uns gut. Ich hatte dann auch kein Problem damit, Staatsminister beim Außenminister Fischer zu sein, zumal von Anfang an klar war, dass ich als Staatsminister eine besondere Rolle haben würde mit direkter Anbindung an den Bundeskanzler. Die Arbeitsteilung

Günter Verheugen

hat perfekt funktioniert. Ich habe ihm in allen Europafragen den Rücken frei gehalten, und er konnte sich auf die anderen Themen wie Kosovo usw. konzentrieren. Wir hatten eine gute Zusammenarbeit und haben es sehr genossen. Ob es lange Zeit gut gegangen wäre, weiß ich nicht. Das eine Jahr aber ging wirklich gut. Diese freundschaftliche Beziehung blieb in der Distanz dann auch bestehen. Wir haben uns zwar nicht so oft gesehen, konnten aber immer miteinander reden, wenn es notwendig war. Unsere Beziehung ist heute noch gut. Und ich finde es immer noch schade, dass er die Politik verlassen hat. Ich denke, er fehlt der deutschen Politik und er fehlt auch den Grünen.

Gehler:

Wir haben noch einen weiteren Namen als Akteur auf europäischer Ebene, nämlich Romano Prodi.

Verheugen:

Er ist ein großartiger Mensch, sehr unterschätzt in der öffentlichen Meinung, ein absolut liebenswürdiger, höflicher, kluger, sehr gebildeter Mann, allerdings auch mit klaren, festen Vorstellungen. Tolerant, großzügig und ein Kommissionspräsident, der davon überzeugt war, dass seine Rolle die eines Trainers war. Er sagt ja auch selber „so schlimm kann er als Kommissionspräsident nicht gewesen sein, wenn das Team gut war“. Damit hatte er Recht. Er hat aus seiner Kommission ein wirklich gut arbeitendes Team geschaffen. Die Prodi-Kommission war ja, anders als die beiden Barroso-Kommissionen, durchaus mit vielen Persönlichkeiten mit hohem nationalen und internationalen Profil besetzt. Prodi hat Freiraum gelassen.

Ich hätte diese sehr gewagte Erweiterungspolitik gar nicht realisieren können, wenn ich nicht gewusst hätte, dass ich mich auf Prodi immer verlassen konnte. Wir sehen uns heute noch regelmäßig und treten gemeinsam bei Veranstaltungen auf. Er ist natürlich ein Italiener, stammt aus Bologna, was etwas Besonderes ist. Er war immer mit einem halben Bein in Italien, was man bei der Lage in Italien verstehen kann. Er operierte immer mit drei Telefonen gleichzeitig. Zwei davon waren offenbar nur für seine Landsleute zugänglich. Er war stark auf Italien fixiert, aber nie so,

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

dass er in seiner Rolle als Kommissionspräsident hier italienische Interessen bevorzugt hätte. Er hat immer ein starkes Interesse an der italienischen Politik gezeigt, aber das Gemeinschaftsinteresse dem nicht geopfert.

Als die Prodi-Kommission anfang, war nicht ganz klar, was ihr großes Projekt sein sollte. Ich weiß gar nicht mehr genau, was damals eigentlich verkündet wurde. Nach der gescheiterten Santer-Kommission ging es in gewisser Weise ums Aufräumen und um neue Standards. Aber das ist ja kein Programm für eine ganze Kommission. Ich denke, das Programm war eher Wachstum und Beschäftigung, denn die Lage war schon schwierig. Relativ schnell stellte sich jedoch heraus, dass, wenn überhaupt die Prodi-Kommission mit irgendetwas im europäischen Gedächtnis bleiben würde, es dann die Erweiterung sein würde. Das hat Prodi sehr schnell erkannt, und das war für mich natürlich eine sehr große Hilfe.

Gehler:

Wie sieht Ihre Charakterisierung von José Manuel Barroso aus?

Verheugen:

Er ist ganz anders. Der erste Kommissionspräsident nach der großen Erweiterung. Er hatte es mit einer Kommission mit 25 und dann 27 Mitgliedern aus ebenso vielen Ländern zu tun. Er ist der Überzeugung, dass bei allem Respekt vor der Kollegialität, ein solches Gremium nur straff mit so genannter upstream coordination geleitet werden kann, d.h. wir haben unter Barroso eine starke Zentralisierung der Entscheidungsprozesse erlebt und damit eine Depolitisierung der Kommissare und der Kommission als politisches Gremium, was wiederum zu einem noch größeren Einfluss des Apparates geführt hat. Wenn Kommissare, die eigentlich politische Leitungsrollen haben sollten, eher als Teil des Verwaltungsapparates selbst gesehen werden, ist das die logische Folge.

Barroso kann sehr leidenschaftlich und sehr stark sein. Er kann aber auch ein geradezu schockierendes Desinteresse zeigen. Er ist sehr vielseitig und sehr stark darauf bedacht, die institutionelle Rolle der Kommission nicht nur zu bewahren, sondern zu stärken. Für ihn ist die Rolle der Kommission und ihres Präsidenten im Kräfteviereck ein ganz zentraler Punkt. In der Zeit

Günter Verheugen

der Prodi-Kommission war ich mit der Erweiterung so sehr beschäftigt, dass ich viele andere Einzelfragen gar nicht genau wahrgenommen habe und nicht so nahe an den Alltagsgeschäften dran war. Was mir in der Barroso-Kommission aufgefallen ist, war eine gewisse Neigung, einzelstaatlichen Interessen nachzugeben. Das schuf Probleme.

Gehler:

Sie waren von 1999 bis 2010 Mitglied der Europäischen Kommission. Können Sie zunächst schildern, wie es zu Ihrer Nominierung kam?

Verheugen:

Ich wurde von Gerhard Schröder gefragt, ob ich Lust hätte, das zu machen. Ich war ganz überrascht und hatte selbst gar nicht daran gedacht, denn ich fühlte mich wohl an meinem Platz. Gelegentlich wird ja behauptet, nach Brüssel würden Leute entsorgt. Und manchmal stimmt das auch. Mein Fall war jedoch völlig anders. Ich hatte kein Karriereproblem. Ich stand in einem engen Vertrauensverhältnis mit Gerhard Schröder. Ich denke, er hat das gemacht, weil er einen Vertrauten in Brüssel haben wollte, wohl wissend, wie wichtig die Kommission ist. Hinzu kam, dass die deutsche Präsidentschaft vorbei war, die großen Themen waren vorerst geregelt. Über das Angebot habe ich einen Tag lang nachgedacht und dann zugestimmt. Es wurde mir angeboten. Ich habe mich nicht beworben. Das gilt auch für alle anderen Ämter, die ich jemals bekleidet habe.

Gehler:

Wie würden Sie den Übergang von Prodi auf Barroso beschreiben und wie die Kommissionen insgesamt vergleichend charakterisieren?

Verheugen:

Barroso war ein Kompromiss. Klar war, dass erstens Prodi keine zweite Amtszeit bekommen würde und zweitens, dass die inzwischen sehr starke Mehrheit konservativer christdemokratischer Regierungschefs unter allen Umständen jemanden aus ihren Reihen als Kommissionspräsidenten haben wollte. Ein Sozialdemokrat hatte nicht die geringsten Chancen. Mir war auch klar, das wusste ich von Gerhard Schröder, dass auch ein Mitglied der Kommission keine wirklichen Chancen hatte, sondern dass die Tradition, jemanden aus dem Club der Regierungschefs zu wählen, nicht so leicht

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

aufgegeben werden würde. So habe ich mich gar nicht ins Rennen bringen lassen, während einige meiner Kollegen sich durchaus Hoffnungen machten. Aber keiner von ihnen hatte die geringste Chance. Der ursprünglich Ausgeguckte war Guy Verhofstadt, ein Liberaler, aber der war für die Briten zu föderal gesinnt. Zwischendurch war auch Chris Patten im Gespräch, und der hat tatsächlich an die Ernsthaftigkeit des Angebots geglaubt. Ich bin bei den eigentlichen Entscheidungen aber nicht dabei gewesen.

Für mich war deshalb Barroso am Ende eine Überraschung. Ich kannte ihn natürlich, er war ja portugiesischer Ministerpräsident und im Europäischen Rat, wo er allerdings keine sichtbare Rolle gespielt hatte. Dort hatte er eher ein niedriges Profil gezeigt. Ich konnte ihn nicht wirklich einschätzen, lernte ihn in der Kommission aber als einen sehr durchsetzungsfähigen und sehr energischen Präsidenten kennen, der den Laden sehr schnell in den Griff bekommen hat. Ob die Veränderungen des Kommissionscharakters zurückzuführen sind auf den unterschiedlichen Führungsstil oder auf die neue Lage mit 27 Mitgliedern und nur noch mit einem Kommissionsmitglied aus den großen Ländern, ist sehr schwer zu sagen. Ganz generell glaube ich, dass im Laufe der über zehn Jahre, die ich erlebt habe, der Kollegiumscharakter der Kommission schwächer geworden ist. Ich würde heute schon wagen zu sagen, dass wir, was die Kommission angeht, ein Präsidialsystem haben. Es gibt Kritiker, die es ein Präsidialregime nennen. So weit würde ich nicht gehen. Ich könnte Ihnen aber viele scheinbar technische Entscheidungen nennen, die im Ergebnis alle dazu geführt haben, dass der politische Spielraum der Mitglieder der Kommission immer weiter eingeengt wurde, so dass er heute praktisch bei Null ist. Das ist schon ein großer Unterschied.

Ob die Schwäche der Kommission im derzeitigen institutionellen Gefüge dieser Tatsache geschuldet ist, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, dass diese Schwäche nicht auf den Vertrag von Lissabon, sondern eher auf die Natur der Probleme, mit denen wir es im Augenblick zu tun haben, zurückzuführen ist. Die Entscheidungen im Krisenmanagement fallen eben nicht in Brüssel, sondern in den nationalen Hauptstädten. Die Rückverlagerung der Letztentscheidung oder politischen Richtungs-

Günter Verheugen

entscheidung aus Brüssel in die Hauptstädte ist nicht notwendigerweise eine Folge der veränderten Balance in Brüssel, sondern in meinen Augen eher eine Folge der tatsächlichen Kompetenzverteilung, wie sie nun einmal im Vertrag verankert ist. Das kann sich ändern. Deshalb würde ich ein endgültiges Urteil über die Frage, welche Rolle heute die Kommission im Institutionengefüge spielt, noch nicht wagen. Man sollte die Kommission nie unterschätzen, denn sie ist ein gewaltiger Apparat mit einem enormen Wissen, mit dem Vorteil der Kontinuität und bei weitem die reaktionsschnellste, handlungsfähigste und qualitativ beste Institution, die wir in Brüssel haben.

Gehler:

In die Zeit der Kommission Prodi fällt auch – das wurde jetzt im Licht der so genannten Eurokrise, die eine Staatsverschuldungskrise ist, heftig diskutiert und wieder aufgegriffen – die Verletzung der Euro-Stabilitätspakt-Kriterien der damaligen Regierung Schröder/Fischer. Wie haben Sie das damals als Kommissar empfunden?

Verheugen:

Das war einer der wenigen Fälle, wo ich in einen sehr ernsthaften Konflikt mit Romano Prodi geraten bin. Ich stand wirklich dicht davor, zurückzutreten oder er stand dicht davor, mich rauszuschmeißen. Die Deutschen hatten ihre Konsolidierungsverpflichtungen im Defizitverfahren verletzt, aufgrund einer einmaligen weltwirtschaftlich bedingten Ausnahmesituation. Der Finanzminister und das Kabinett hatten die notwendigen Maßnahmen zur Korrektur bereits beschlossen, sie waren bereits in Kraft. Sie sollten dazu führen, dass im nächsten Jahr das Drei-Prozent-Defizit wieder erreicht würde. Nach dem Stabilitätspakt können solche Ausnahmesituationen anerkannt werden. Gleichwohl hat die Kommission darauf bestanden, im Defizitverfahren eine härtere Gangart vorzuschlagen. In der Sache hat sie von Deutschland jedoch nur verlangt, was Deutschland bereits beschlossen hatte. Das ist alles nachzulesen. Es ging also um eine bloße Machtdemonstration. Es ging darum, die Kompetenz und die Macht der Kommission zu demonstrieren, im Defizitverfahren gegen ein großes Land die Daumenschrauben anzuziehen.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ich habe Romano Prodi damals gesagt: „Das wird Folgen haben. Das lassen sie sich in Berlin nicht gefallen.“ Gerhard Schröder hat es, wie ich finde zu Recht, als ungerecht und als eine massive Einmischung empfunden, mit dem Ziel, ihm im Wahlkampf zu schaden. Ich bin mir nicht sicher, ob das für Prodi stimmt, für andere vielleicht. Ich war dagegen und habe nur sehr, sehr selten in diesen Jahren gegen die Regel der Kommission verstoßen, dass man nicht nach außen sichtbar machen darf, wenn man abweichender Meinung ist. Das habe ich in diesem Fall getan. Das Unglück wollte es, dass Frankreich, das die Drei-Prozent-Regel immer für zu streng hielt, auch im Defizitverfahren war. Das führte zum deutsch-französischen Bündnis im Rat. Das alles hat große Aufregung verursacht und was dann fast zwangsläufig geschah, war eine Justierung des Stabilitätspaktes, keine Aufweichung, wie immer behauptet wird. Die entscheidenden Kriterien sind nicht geändert worden. Es war ein Beschluss des Europäischen Rates vom März 2005 und der Rat kann den Vertragstext nicht ändern.

Der Stabilitätspakt wurde jedoch beweglicher gemacht: in guten Zeiten sollte mehr gespart werden, in schlechten dann mehr Spielraum sein. Das wird immer als „Aufweichen des Stabilitätspaktes“ bezeichnet, was ich strikt bestreite. Der Stabilitätspakt ist nicht aufgeweicht worden, wie die Entwicklung bis 2008 auch zeigte. Es ist zudem falsch, den Stabilitätspakt immer nur unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung einer starren Defizitgrenze zu sehen. Ich habe das immer für Unsinn gehalten und halte es heute noch dafür. Dieser Auffassung war übrigens auch Prodi, weshalb ich so überrascht war. Prodi hatte diese Bestimmung ja als „stupid“ bezeichnet. Es muss immer die wirtschaftliche Lage berücksichtigt werden. Es heißt ja auch Stabilitäts- und Wachstumspakt und nicht einfach nur Stabilitätspakt. Es kann in einer bestimmten Situation ökonomisch absolut richtig, erforderlich, ja zwingend sein, höhere Schulden zu machen als drei Prozent. Dies einfach auszublenden ist ökonomisch und politisch gefährlich.

Und so ist man dann auch 2008 beim Konjunkturpaket verfahren. Da wurde von allen die Überschreitung der drei Prozentgrenze zur Ankurbelung der Konjunktur beschlossen. Meine Erklärung lautet: es ging

Günter Verheugen

damals im Konflikt ‚Kommission gegen Deutschland‘, wie so oft bei Entscheidungen der Kommission, nicht um die Sache, sondern um die reine Demonstration dessen, was die Kommission kann. Das hatte eine weitere Konsequenz, unter der wir heute noch leiden: Es führte nämlich dazu, dass die von Barroso und mir betriebene Reform der Lissabon-Strategie im Jahr 2005, es war die gleiche Ratssitzung, an einem wichtigen Punkt verwässert wurde. Wir hätten eine viel dichtere wirkungsvollere europäische wirtschaftliche Koordinierung gebraucht. Die haben wir nicht bekommen, mit dem Argument von Schröder und Chirac, sie wollten nicht noch so ein System, das dazu führt, dass vor der Wahl blaue Briefe aus Brüssel kommen, in denen Beamte schreiben, dass die eigene Wirtschaftspolitik Unsinn sei.

Barroso musste ein feierliches Versprechen ablegen, dass keinerlei stabilitätspaktähnliche Elemente in die Wachstumsstrategie 2010 eingeführt würden. Man muss ganz klar sehen: wenn heute alle darüber jammern, dass wir keine starken Instrumente der wirtschaftlichen Koordinierung haben, dann ist das eine Spätfolge der unnötigen Machtdemonstration der Kommission. Es gibt kaum ein Thema, das regelmäßig so falsch dargestellt wird wie dieses. Es hat sich festgesetzt, speziell auch in der deutschen Politik. Die Probleme, die wir heute haben, sind das Ergebnis einer mangelnden vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit von Kommission und Rat.

Gehler:

Wie haben Sie als EU-Kommissar die Europa- oder Integrationspolitik des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder empfunden? Vielleicht könnten Sie Schröder auch kurz charakterisieren?

Verheugen:

Schröder war ein political animal par excellence. Er ist in seiner politischen Haltung zunächst einmal geprägt durch den Erfahrungs- und Erlebnishorizont eines deutschen Ministerpräsidenten. Das ist eine ganz besondere Spezies. Für einen deutschen Ministerpräsidenten ist Europa prinzipiell eher ein Problem. Schröder war kein Freund des Euro. Es gibt eine wenig bekannte Episode: Bei der Einführung des Euro gab es einen

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Parlamentsvorbehalt, d. h. vor seiner endgültigen Einführung mussten Bundestag und Bundesrat noch einmal zustimmen. Jedenfalls gab es eine Situation im SPD-Präsidium, in der Schröder und Lafontaine versuchten, vor der endgültigen Einführung des Euro die SPD zu einem Nein zu bringen. Das haben Heidemarie Wieczorek-Zeul, Rudolf Scharping und ich in einer heftigen Auseinandersetzung verhindern können. Von Schröder stammt ja auch der Ausdruck von der „schwächelnden Frühgeburt“ für den Euro.

Im Nachhinein muss man zugeben, dass da etwas dran war. Er hat die Defizite offenbar sehr klar gesehen. Als Bundeskanzler startete er mit einem Paukenschlag, der alle in Brüssel furchtbar erschreckt hat, indem er wenige Wochen nach Amtsantritt auf dem Europaparteitag der SPD von dem schönen deutschen Geld sprach, das in „Brüssel verbraten wird“, eine Sprache, die für den Brüsseler Apparat an Hochverrat grenzt. Es gab ein gewisses Misstrauen. Dann fing aber sofort die deutsche Präsidentschaft an und schon während dieser Präsidentschaft sah ich, wie Schröder begann, sich zu verändern, dass Europa anfing, ihn zu interessieren. Er merkte, dass es eine große Verantwortung ist, der er sich als Bundeskanzler überhaupt nicht entziehen kann, selbst wenn er wollte. Für mich sehr erhellend war ein Gespräch mit ihm. Das muss im Herbst 1997 gewesen sein. Damals war er noch kein Kanzlerkandidat. Er kam zu einer großen Veranstaltung in meinem Wahlkreis mit über 10.000 Menschen und anschließend wollte er in einem fränkischen Wirtshaus deftig essen, Bier trinken und mit mir reden. Bei diesem Gespräch ging es u. a. um unsere Zusammenarbeit. Er fragte mich, ob ich den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik in seinem Team abdecken wolle. Das wollte ich gern, denn an dem Abend habe ich gespürt, dass die SPD mit Schröder gewinnen könnte. Die Menschen mochten ihn, glaubten ihm. Dann fragte er mich etwas sehr Interessantes: „Was meinst du eigentlich, wie viel Zeit man als Kanzler für internationale Fragen aufwenden muss?“ Ich schätzte mehr als 50 Prozent. Da fiel er fast vom Stuhl. Er konnte das überhaupt nicht glauben. Später haben wir noch einmal darüber gesprochen, und er gab mir Recht. Was er nicht hinzugefügt hatte ist, dass jeder Kanzler früher oder später auch Spaß daran bekommt.

Günter Verheugen

Schon während der deutschen Präsidentschaft, wo er sich wirklich intensiv bemüht und die Schlüsselrolle für den Erfolg gespielt hat, änderte sich seine Einstellung zu Europa. Er ist während seiner Kanzlerschaft zu einem Faktor der Stabilität geworden, auf den man sich verlassen konnte. Wir hatten dann nicht mehr so viel regelmäßigen Kontakt. Das war gar nicht nötig, denn wir verstanden uns gut. Er hat eigentlich nur angerufen, wenn er sich über etwas beschweren wollte. Ich konnte mich aber in kritischen Situationen immer auf ihn verlassen. Er sagt auch selber, dass sich seine Einstellung zu Europa und zur Wichtigkeit Europas für die deutsche Politik relativ schnell verändert hat. Wie eigentlich jeder deutsche Kanzler wurde er schnell zu einer Zentralfigur der europäischen Politik.

Gehler:

Joschka Fischer hielt am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität eine als „privat“ deklarierte Rede im Sinne eines föderalistischen Europas. Können Sie die Hintergründe zu dieser Rede nennen?

Verheugen:

Nein, das kann ich nicht. Fischer hatte mich in dieser Frage nicht konsultiert. Ich erinnere mich, dass er ein Gespräch ganz grundsätzlich über Europafragen mit mir suchte. Ich wusste aber nicht, was er vorhatte. Ich weiß auch nur aus den Medienreaktionen, dass die überwiegende Auffassung in Deutschland war, dass sich der Außenminister „neu erfinden“ wollte. Er hatte eine Phase hinter sich, in der er aus der Öffentlichkeit eher etwas verschwunden war. Es öffnete sich ein neues Feld. Ich konnte mit dieser Rede nicht sehr viel anfangen, weil sie auf die entscheidenden Fragen keine Antworten gab. Er beschreibt ein föderales Europa, sagt aber nicht, ob man es verwirklichen soll. Für mich ist das, was Fischer beschreibt, ein institutioneller Alptraum, nicht wirklich konsequent zu Ende gedacht. Was er natürlich richtig gesehen hat, war, dass wir irgendwann an ein Ende kommen werden mit der bisherigen Art von Integrationspolitik. Wie man aber diesen qualitativen Sprung schaffen kann, lässt er offen. Die völlige Klarheit, mit der er sich für die „Vereinigten Staaten von Europa“ unter Aufgabe der Eigenständigkeit der Mitglieder einsetzt, ist neu bei ihm. Man findet es jetzt in seinen Memoiren. Als Außenminister hat er es eher nicht vertreten. Ich weiß nicht,

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ob es stimmt, dass diese Rede sozusagen der Anstoß zu dem Verfassungsprozess war, der dann in der Europäischen Union in Gang kam. Ich möchte das eher bezweifeln. Ich weiß, dass diese Ideen in deutsch-französischen Konsultationen schon Ende 1999 eine Rolle gespielt haben. Das Thema lag bereits in der Luft. Ich glaube daher nicht, dass diese Humboldt-Rede eine neue Diskussion in Europa angestoßen hat. Sie hat aber vielleicht einem bereits vorhandenen, eher dahindümpelnden Diskussionsprozess eine stärkere Dynamik gegeben.

Gehler:

Sie haben sich 1999-2004 sehr für einen Beitritt der Türkei zur EU stark gemacht. Was waren Ihre Motive und was die Hintergründe? Wie sehen Sie das heute?

Verheugen:

Meine Haltung war nicht in erster Linie europapolitisch bestimmt und ich hatte sie schon, bevor ich nach Brüssel kam. Es war eine außenpolitisch und geopolitisch motivierte Haltung. Ich fand, dass die strategische Bedeutung der Türkei für unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen absolut zentral war und sie im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nach dem Ende des Kalten Krieges sogar noch gewachsen war. Ich war davon überzeugt, dass wir die Türkei brauchen. Ich fand auch, dass die Art und Weise, wie mit der Türkei umgegangen wurde, für ein stolzes Volk wie die Türken nicht erträglich war. Es war falsch, sie immer hinzuhalten, Versprechungen zu machen und dann nicht einzuhalten. Meine These lautete: Wir sollten den Türken die Chance geben, zu zeigen, dass sie es können. Ich war nicht davon überzeugt, dass das unbedingt klappen würde, aber ich fand, das Mindeste, was sie verdient hatten, war eine faire Chance.

Dann wurde es ein Thema bei dem Treffen von Gerhard Schröder mit Präsident Bill Clinton im Sommer 1998, also kurz vor der Bundestagswahl, wo ich Schröder empfohlen hatte, das Thema Türkei anzusprechen und Clinton ganz klar zu sagen, dass sich die deutsche Haltung in dieser Frage ändern wird, sollte er Kanzler werden. Wir sehen die Europäische Union nicht als einen christlichen Club und selbstverständlich hat die Türkei das

Günter Verheugen

Recht auf eine EU-Mitgliedschaft und Deutschland würde das auch unterstützen. An dieses Versprechen hat sich Schröder gehalten. Das war einer der Gründe dafür, warum es mit Schröder und Clinton so gut geklappt hat.

Das Jahr 1999 war in vielerlei Hinsicht ein Jahr, in dem sich für die Erweiterung ein Fenster der Gelegenheit öffnete, nämlich durch den Kosovo-Krieg und das dadurch erstarkte Bewusstsein dafür, dass europäische Integration ein friedenspolitisches Instrument ist. Davon spüren wir heute fast nichts mehr. Es war 1999 auch schon klar, dass die Luxemburg-Strategie von 1997, der Türkei einen Sonderstatus zu geben, gescheitert war. Man war praktisch mit der Türkei bei einem Nicht-Verhältnis angekommen. Deshalb hatte ich keine große Mühe, die Kommission davon zu überzeugen, dass man es anders machen musste. Man sollte der Türkei wirklich die Chance geben, ihre Reformfähigkeit zu beweisen. Im Rat war es etwas schwieriger. Gerhard Schröder hatte es schon beim Europäischen Rat in Köln im Juli 1999 versucht. Dort scheiterte er allerdings noch am Widerstand insbesondere von Luxemburg und einigen anderen Staaten. Die Großen waren aber schon alle dieser Meinung, also Spanien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Beim Gipfel in Helsinki 1999 war der Widerstand dann schon relativ gering. Es war eigentlich eher ein technisches Problem. Was in Helsinki noch eine Rolle gespielt hat, war die Frage, wie man in dem Zusammenhang mit Zypern umgeht. Ich bin sicher, dass es ein paar Jahre später schon nicht mehr zu diesem Beschluss gekommen wäre.

Wenn ich rückwirkend die Jahre überblicke, sage ich, dass die Türken mehr als bewiesen haben, dass sie den erforderlichen Reformwillen und die Reformfähigkeit besitzen, wenn die europäische Perspektive für sie klar ist. Die Verlangsamung des Reformtempos der Türkei ist in meinen Augen eine direkte Folge der Verunklarung der europäischen Politik gegenüber der Türkei. Von kaum einer Regierung werden Sie die schlichte Tatsachenbeschreibung hören, was eigentlich die beschlossene europäische Politik ist. Man muss sich heute fast dafür rechtfertigen, wenn man darauf hinweist, was die einstimmig beschlossene europäische Politik ist. Wir führen Beitrittsverhandlungen mit dem Ziel, einen Beitrittsvertrag

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

herbeizuführen. Wir tun dies, weil wir wollen, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird. Wir würden keine Beitrittsverhandlungen führen, wenn wir es nicht wollten. Das sagt aber gar keiner mehr. Das Beste, was Sie hören können, ist „dann wollen wir mal sehen, ob die Türken unsere Bedingungen erfüllen können“. Von vielen anderen können sie hören „Die Türken können machen, was sie wollen, wir wollen sie nicht. Sie gehören nicht zu uns – fremde Kultur.“ Das ist furchtbar! Eine Grunderfahrung aus meiner Zeit als Erweiterungskommissar ist, wie das dialektische Verhältnis zwischen Reformfähigkeit eines Partnerlandes und der Klarheit der Strategie der Europäischen Union ist. Je klarer und verlässlicher unsere eigene Linie ist, je klarer die Perspektive ist, die wir einem Partnerland bieten, desto erfolgreicher wird es in seiner Reformpolitik sein.

Gehler:

Sie sprachen von der geostrategischen Bedeutung der Türkei. Damit meinen Sie wahrscheinlich nicht nur ihre geostrategische Relevanz, denn in der NATO ist die Türkei ja ohnehin. Vielleicht können Sie uns diesen Punkt noch näher erläutern?

Verheugen:

Es gibt viele Aspekte. Zu einem ist die Türkei als Stabilitätsfaktor in einer äußerst unruhigen Region, die direkt an uns grenzt. Zusätzlich sind für mich zwei weitere Punkte von Bedeutung. Erstens betrifft das die Frage, wie wir mit der Türkei umgehen, ob wir sie fair behandeln und ihr eine faire Chance geben. Die gesamte islamische Welt wird uns nach unserer Fähigkeit, auf die Türkei zuzugehen und sie als gleichberechtigt zu akzeptieren, beurteilen. Für uns wäre es von großem Nutzen, ein Land mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung in der EU zu haben, ein Land, das demonstriert, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen muslimischer Bevölkerung und der Realisierung der Werte, für die die EU steht. Das sind die Werte der Aufklärung, nicht die des Christentums oder des Islams. Menschenrechte, Freiheit und Demokratie sind daraus abgeleitet. Ich denke, das könnte uns helfen, eine mögliche Entwicklung zu verhindern, die eintreten kann, nämlich die Gestaltung des Verhältnisses zwischen westlichen Demokratien und islamischer Welt nicht auf der Grundlage von

Günter Verheugen

Partnerschaft und gegenseitigem Respekt, sondern als Konflikt und Auseinandersetzung. Ich denke, dass die Türkei dabei eine zentrale Rolle spielen wird. Alles andere kommt noch dazu: Sicherheitspolitik im engeren Sinne, Sicherheit der Energieversorgung. In jüngster Zeit würde ich auch noch hinzufügen, dass die Türkei auch wirtschaftlich für die EU ein großer Gewinn wäre, denn sie ist ein Land mit einem gewaltigen ökonomischen Potential, das jetzt erst beginnt, sich wirklich zu entfalten, mit enormer Ausstrahlung in die gesamte Region. Außerdem ist sie ein Land mit einer ganz gesunden Bevölkerungsstruktur. Es würde uns gut tun, wenn wir die Türkei bei uns in der EU hätten. Ich fürchte aber, dass die EU-Länder im Augenblick dabei sind, die zwei großen geopolitischen Fragen, Türkei und Ukraine, die sie in alleiniger Verantwortung zu entscheiden haben, zu vermasseln.

Gehler:

Wo kommt der Begriff „privilegierte Partnerschaft“, der sehr stark in den Medien kursierte, eigentlich her?

Verheugen:

Das weiß ich nicht so genau, aber der Begriff ist irreführend. Ich glaube, er kommt aus der CDU, von Frau Merkel selbst, ihren Beratern oder von Kohl. Jedenfalls ist er sozusagen der Gegenentwurf der Konservativen zur Idee einer EU-Mitgliedschaft. Mir ist er zum ersten Mal aufgefallen, als Frau Merkel, noch bevor sie Kanzlerin wurde, davon sprach. Ich habe immer nachgefragt, ob jemand erklären kann, was es heißt. Was sind wir bereit der Türkei über das hinaus zu geben, was sie nicht schon hat? Denn die Türkei ist bereits assoziiert, wir haben eine Zollunion mit ihr – also was noch? Darauf bekommt man keine Antwort. Schon jetzt ist das, was wir mit der Türkei haben, eine privilegierte Partnerschaft. Das ist aber nicht das Endziel. Die beschlossene Politik ist eine andere. Es heißt nicht: „Wir schauen mal, was rauskommt, ob wir am Ende bei einer privilegierten Partnerschaft mit der Türkei stehenbleiben oder Vollmitgliedschaft erreichen.“ Die erklärte Politik heißt: „Wir verhandeln mit dem Ziel eines Beitragsvertrags“.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Worin bestand eigentlich die Notwendigkeit für die Osterweiterung der EU?

Verheugen:

Im Dezember 1989 hatten wir in Bonn einen interessanten Gast, den Allesbesserwisser der gesamten Weltpolitik, Henry Kissinger. Es wurde ein Treffen organisiert mit den außenpolitischen Spitzen der Bundestagsfraktionen. Bei diesem Gespräch erläuterte Kissinger uns Provinzheimis aus Deutschland die neue Lage und er sagte: „Wir brauchen jetzt alle diese Länder (er meinte Ost- und Mitteleuropa) in einer Pufferzone zwischen der NATO und dem (damals noch existierenden) Warschauer Pakt“. Als er das sagte, klingelte bei mir irgendetwas. In mir lief ein richtiger Film ab. Pufferzone hieß die Wiederholung der Fehler der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, ein „Zwischeneuropa“: einzelne Völker gehören weder hierzu noch dazu, sind im Ungewissen, Spielball zwischen Ost und West. Ich weiß noch, dass ich sehr scharf reagiert habe ob dieser Aussage von Kissinger und widersprochen habe: „Was jetzt notwendig ist, bestimmen die Völker dort selbst, das haben gar nicht wir zu entscheiden. Sie haben sich ihre Freiheit erkämpft, und jetzt haben sie auch das Recht zu entscheiden, wohin ihr Weg führen soll.“ Das hatte ich vorher selber nicht so klar gesehen. Es war für mich der Ausgangspunkt, dass die Völker, die das Unglück hatten, hinter dem Eisernen Vorhang leben zu müssen, jetzt das Recht haben müssten, selber zu entscheiden, ob sie sich beteiligen wollten an der europäischen Integration.

Wenn man darüber nachdenkt, war natürlich klar, da hatte Kissinger Recht, dass eine geopolitisch völlig neue Lage entstanden war, die gestaltet werden musste. Es gab einen politischen Gestaltungsauftrag. Die Pufferzone war Unsinn. Aber es lag in unserem Interesse, diesen Raum stabil zu machen. Langfristige Stabilität würden wir nur erreichen, wenn in diesen Ländern eine demokratische und marktwirtschaftliche Transformation und auch ein tief greifender kultureller Wandel gelingt. Dass dies auch in unserem eigenen Interesse liegt, war meiner Meinung nach die nächste Überlegung. Diese Überlegung wurde bald breit geteilt und so bestand sehr schnell eine weit reichende strategische

Günter Verheugen

Interessenidentität. Was die Völker in Mittel- und Osteuropa wollten, war ja sehr schnell zu erkennen. Sie wollten eben nicht irgendwo dazwischen sein, sondern definitiv zum sich vereinigenden Europa dazugehören. Ich fand, dass wir das akzeptieren mussten.

Es war aber nicht so, dass die Osterweiterung von Anfang an als der zwingende Weg angesehen wurde. Noch im Jahre 1998, als ich im Auftrag von Gerhard Schröder in Europa herumreiste, um unsere Partner auf die kommende Regierung vorzubereiten, fand ich fast überall in Bezug auf die Erweiterung bei den Außenministern eine Reaktion, die man nur als „so spät wie möglich“ beschreiben konnte. Wie die meisten hatte auch ich noch Zweifel, ob es auch alle wirklich schaffen könnten. Bei einem Treffen der sozialdemokratischen Außenminister und Schattenaußenminister, wie sie damals regelmäßig stattfanden, war ich für die SPD dabei. Es stand unter Leitung von Robin Cook, dem britischen Außenminister. Beim Abendessen fragte Cook: „Wer glaubt denn hier, dass die Osterweiterung mit Vollmitgliedschaft aller dieser Länder möglich ist?“ Niemand meldete sich. Zur Ehrenrettung Deutschlands muss ich sagen, dass schon unter Kohl im Gegensatz zu vielen anderen die deutsche Regierung sehr schnell die Erweiterung prinzipiell befürwortete. Das war natürlich dem besonderen deutsch-polnischen Verhältnis geschuldet, zeugte aber meiner Meinung nach auch von tieferer Einsicht. Ich rechne das Helmut Kohl hoch an. Deutschland hat sich sehr früh zum Vorreiter dieser Politik gemacht.

Gehler:

Die NATO war da wesentlich schneller.

Verheugen:

Ja, aber das war ja auch viel einfacher.

Gehler:

Inwiefern?

Verheugen:

Es war viel einfacher, weil es nicht die großen wirtschaftlichen Probleme mit sich brachte. Natürlich waren auch hier die Einzelheiten teilweise sehr kompliziert. Aber es ging dann doch sehr schnell. Die NATO war deshalb

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

schneller, weil die Amerikaner alles strategisch viel klarer gesehen haben als die Europäer. Es war übrigens auch so, dass in den Ländern, über die wir jetzt reden, die zeitlichen Prioritäten ganz eindeutig waren. Die meisten wollten zuerst die NATO. Es war immer die Rede von der Integration in die euroatlantischen Strukturen – ein komisches Codewort, was in Wirklichkeit hieß: „Zuerst NATO, dann EU“.

Noch 1997/1998 habe ich in den baltischen Ländern die Reaktion gespürt „EU ist eigentlich nicht so wichtig, wir müssen jetzt erst einmal in die NATO.“ Das verstand ich auch. Natürlich war das Hauptinteresse derjenigen, die entweder, wie die Balten, von den Sowjets okkupiert worden waren oder, wie die Polen, die Tschechen und die Ungarn, von ihnen gewaltsam unterdrückt worden waren, Schutz vor Russland zu haben. Es gibt ja unausgesprochene Rücksichtnahmen in der Politik. Eine davon ist, dass nie so klar gesagt wird, dass es ein Schutzbedürfnis einer Reihe von europäischen Staaten nicht gegenüber Deutschland, sondern gegenüber Russland gibt und zwar bis auf den heutigen Tag. Es ist fast ein Verstoß gegen den Comment, dies zu sagen. Ich vergleiche Russland gerne mit einem Ozean und seinen Gezeiten Ebbe und Flut. Mal ziehen sich die Russen als Zeichen der Schwäche zurück, aber Sie können sicher sein, sie kommen wieder. Die Natur der Politik dieses Landes ist expansionistisch. Deshalb glaube ich schon, dass dieses Sicherheitsbedürfnis hundertprozentig respektiert werden muss. Ich hatte nie ein Problem damit, der NATO den Vortritt zu lassen.

Gehler:

Mit Blick auf alle EU-Staaten: Wer waren die Bremser und Gegner und wer eigentlich die Motoren und Treiber der Osterweiterung?

Verheugen:

Als Antreiber würde ich an erster Stelle die Briten nennen, wenn auch manchmal aus Motiven, die man etwas hinterfragen darf. Es gibt ja auch Briten, die für jede Erweiterung, und zwar so schnell wie möglich, sind, weil sie denken, das schwäche das Gesamtsystem und mache Europa zu einer großen Freihandelszone. Das war aber nicht bei Tony Blair der Fall. Die drei Skandinavier Schweden, Dänemark und Finnland waren ebenfalls

Günter Verheugen

ganz starke Motoren in der Nachbarschaft zu den baltischen Ländern und zu Polen. Sehr, sehr zurückhaltend waren die südlichen Länder.

Gehler:

Mit Ausnahme der Franzosen zu Gunsten Rumäniens.

Verheugen:

Ja, aber das kam später. Die südlichen Länder sahen, dass sie bei dieser Erweiterung nicht viel zu gewinnen hatten und zudem noch würden teilen müssen. Für Frankreich war es eine ganz ambivalente Situation. Wenn der französische Präsident die Länder bereist hat, hat er ihnen Zusagen gemacht. Aber die französische Elite war gegen die Osterweiterung und sie ist es bis auf den heutigen Tag. Ich habe in keiner Hauptstadt größere Probleme gehabt als in Paris, und das während der gesamten Zeit. Der Hintergrund hat nicht nur mit den Polen, Ungarn oder Tschechen zu tun. Es gab die Diskussion um die notwendige Vertiefung vor der Erweiterung. Was die Institutionen betraf, hatten die Franzosen Recht. Aber die 15 konnten sich ja schon darauf nur schwer einigen. Dann waren die Franzosen beleidigt, dass man die Erweiterung trotzdem wollte.

Viel entscheidender jedoch war, dass die Franzosen befürchteten, dass diese Osterweiterung zu einer Verschiebung der Machtbalance in der EU führen würde. Wenn die EU bis dahin ein Unternehmen war, das von Frankreich geführt und von Deutschland finanziert wurde, so würde sich das zu Gunsten einer massiven Ausweitung der deutschen Einflusszone ändern und der französische Einfluss im Gesamtsystem würde zurückgehen. Das bestimmte in Wahrheit die französische Linie, als ich Anfang 1999 mit den Franzosen die Frage besprochen habe, wie wir es mit der Erweiterung halten wollen. Nachdem ich ihnen eine Lösung vorgeschlagen hatte, dass man zumindest die Letten, die Slowaken, die Litauer und die Malteser einschließen sollte, wollten die Franzosen sofort auch noch die Rumänen und Bulgaren, weil sie dachten, sie könnten damit den deutschen Einfluss auf Zentral- und Mitteleuropa etwas balancieren. Das sind Überlegungen, die aus meiner Sicht ins 19. Jahrhundert gehören. Bis auf den heutigen Tag mögen die Franzosen die Erweiterung nicht. Darum waren sie ja auch die ersten, die dann schon 2005 die Erweiterung

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

für entstandene Probleme verantwortlich gemacht haben, obwohl diese Probleme andere Ursachen hatten. Die Benelux-Länder orientieren sich in solchen zentralen Entscheidungssituationen immer eher an Deutschland. Italiens Haltung war positiv und ganz europäisch. Die Protagonisten waren aber die Briten, auch Deutschland und die nordischen Länder. Die Zögerer waren fast alle südlichen Länder und Frankreich.

Gehler:

Sie haben Österreich gar nicht eingeordnet in Befürworter oder Bremser der Erweiterung.

Verheugen:

Wolfgang Schäussel als Außenminister und späterer Bundeskanzler war positiv eingestellt. Das war aber zunächst nur eine persönliche Haltung. Österreich hatte kein wirkliches Profil in der Frage, es sei denn durch ihn. Wolfgang Schäussel hatte lange mit einer sehr widerborstigen öffentlichen Meinung zu kämpfen.

Gehler:

Waren Sie eigentlich mit dem Begriff der „Osterweiterung“ einverstanden?

Verheugen:

Mit der Frage habe ich mich nie befasst. Der Begriff war schon gegeben, als ich anfing, mich damit zu beschäftigen. Ich habe das Wort vermieden, so gut es ging, weil ja zwei Länder dazugehörten, die gar nicht in diesen Rahmen passten, und beide für sich ein großes Maß an Anstrengung verlangt haben: Zypern und Malta. Die Tatsache, dass ein Land klein ist, bedeutet nicht, dass es nicht viel Mühe und Arbeit macht.

Gehler:

Zum Begriff der „Osterweiterung“ könnte man sagen: Ungarn, Polen, Böhmen bzw. Tschechien sowie die Slowakei sind ja nicht der Osten, sondern die Mitte Europas. Der Terminus „Erweiterung“ widerspricht eigentlich dem Selbstbestimmungsgedanken der Länder.

Verheugen:

Ich stimme Ihnen zu. Erweiterung hat einen unangenehmen Beigeschmack von Expansionismus. Besser wäre es, vom Beitrittsprozess zu sprechen.

Günter Verheugen

Wir bekommen den Begriff Erweiterung aber nicht mehr weg. Es heißt nun mal „Enlargement“. So hieß auch die Generaldirektion. Ich war nicht der Kommissar für weitergehende Integration, sondern Kommissar für die Erweiterung. Wichtig ist schon, dass man sich vergegenwärtigt, dass diese gesamte Erweiterungspolitik niemals eine Politik ist, die auf einer Art von Mitgliederwerbung beruht. Die EU geht nicht aktiv auf die Länder zu und lädt sie ein. Es ist im Gegenteil immer eine reaktive Politik. Bei allen Erweiterungsrounden hat die EU respektiert, dass die Initiative von denen ausgehen muss, die beitreten wollen. Aber die EU hat es natürlich in der Hand, durch ihre Politik Länder zu ermutigen oder entmutigen.

Gehler:

Wenn allerdings von Seiten der Bewerber beschlossen ist beizutreten, was ja doch sehr schnell erfolgt ist, dann bestimmt die EU allerdings sehr wohl das Gesetz des Handelns und die Regeln.

Verheugen:

Ja selbstverständlich. Der Begriff „Verhandlungen“ ist ja nicht wirklich angemessen. Zu verhandeln ist da relativ wenig. Es geht in Wahrheit um die vollständige Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes und nicht dessen Veränderung. Ich sage oft, dass es bei diesem größten Erweiterungsvertrag, den es jemals gab, dem Vertrag von Athen im April 2003, der die ersten zehn Staaten hereingebracht hat, keine Abweichungen vom Besitzstand gab. Diese Aussage ist nicht ganz richtig. Es gibt im Bereich der Kapitalverkehrsfreiheit eine einzige dauerhafte Abweichung vom Besitzstand in Bezug auf den Erwerb von Zweitwohnungseigentum in Malta. Malta hat eine dauerhafte Ausnahme bekommen. In Malta muss man nachweisen, dass man schon eine gewisse Zeit im Land gelebt hat, ehe man dort eine Wohnung erwerben darf und das aus gutem Grund. Wenn wir diesen Markt geöffnet hätten, hätte nach kurzer Zeit eine normale maltesische Familie nicht mehr in Malta leben können, denn sie hätte keine Wohnung mehr bezahlen können. Dazu ist das Land einfach zu klein. Alle britischen Pensionisten, die dann nicht mehr nach Nord-Zypern gehen, würden nach Malta kommen. Dies ist die einzige Ausnahme vom Besitzstand, die in dem riesigen Vertragswerk steckt. Es geht also nicht um Verhandlungen darüber, ob der Besitzstand in irgendeiner Weise angepasst

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

wird, sondern es geht nur um Verständigung darüber, wie er an bestimmten Punkten übernommen wird. Verhandelt wird im Grunde nur über Übergangsfristen.

Was allerdings auch zu verhandeln war, und was mich überrascht hat, sind politische Begleitthemen, die sehr viel anspruchsvoller waren als die ja sehr standardisierten und sehr technischen Elemente der einzelnen Verhandlungskapitel. Wie bekommen wir das Problem mit dem tschechischen Atomkraftwerk gelöst? Überhaupt die Frage der osteuropäischen Atomkraftwerke. Was machen wir mit dem Zugang zu Kaliningrad? Was ist mit den Beneš-Dekreten? Um nur ein paar der Themen zu nennen, die rein politischer Natur waren und eigentlich gar nicht Gegenstand der eigentlichen Verhandlungen, jedoch massiven Einfluss hatten auf den Erfolg des ganzen Prozesses.

Gehler:

Welche Risiken wurden diskutiert?

Verheugen:

Die Betonung der Risiken der Erweiterung war und ist eine sehr deutsche und österreichische Spezialität, wohl auch noch in Frankreich. Die Diskussion darüber, dass die Erweiterung ein unkontrollierbares Maß an Zuwanderung und Überfremdung bringen würde, dass sie eine Welle von Kriminalität ins Land spülen würde und dass insbesondere eine große Zahl billiger Arbeitskräfte ins Land strömen würde, sei es als Arbeitnehmer oder sei es als Selbständige, war eine sehr deutsche und österreichische Obsession. In anderen Ländern dagegen weniger. Man muss natürlich sagen, dass in einem gewissen Sinne Deutsche und Österreicher als direkte Nachbarn sich eine besondere Betroffenheit ausrechneten. Insofern hatte ich ein gewisses Verständnis dafür. Bei den Beitrittsländern ging die Sorge um den Ausverkauf ihres Grund und Bodens um. Beides hat eine große Rolle gespielt. Ich musste in der Kommission richtig kämpfen mit meiner Vorstellung von einer Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit, denn die Mehrheit meiner Kollegen meinte anfangs, wir bräuchten keine Übergangsfrist. Ich war derjenige, der in dieser Frage restriktiv war, nicht aus ökonomischer Überzeugung, sondern aus politischer Einsicht in

Günter Verheugen

Notwendigkeiten. Mir war klar, dass wir niemals eine Zustimmung für diesen Vertrag in Österreich oder Deutschland finden würden, wenn nicht die Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit einer Übergangsregelung verbunden ist. Im Übrigen war ich auch der Meinung, dass es besser für die betroffenen Länder selbst wäre. Wenn ich heute mit Regierungschefs in Budapest, Prag oder Warschau darauf zu sprechen komme, stimmen sie mir zu, dass es auch in ihrem Interesse war, dass nicht unmittelbar nach ihrem Beitritt alle Flut-Tore geöffnet wurden. Das war ein sehr kritischer Punkt. Anekdotisch: Die Kommissionssitzung zu diesem Thema dauerte sechs oder sieben Stunden. Am Anfang hatte ich überhaupt keine Unterstützung. Es stand eins zu neunzehn. Aber ich habe mich einfach nicht bewegt. Meine Kollegen konnten sagen, was sie wollten. Am Ende war es für die meisten dann auch keine Sache, für die sie leben oder sterben wollten und so hat einer nach dem anderen nachgegeben. Wenn ich nicht so stur gewesen wäre, hätten wir ein schweres Problem bekommen mit den Deutschen und den Österreichern und vielleicht auch mit dem einen oder anderen Land. Bei dem Erwerb von landwirtschaftlichem Grund und Boden waren wiederum die künftigen Mitgliedsstaaten nahezu hysterisch. Auch hier war die Debatte um Übergangsfristen sehr kontrovers in der Kommission. Am Ende haben wir uns entschieden, den politischen Notwendigkeiten zu folgen.

Gehler:

War die EU denn in ihrer institutionellen Verfassung hinreichend vorbereitet?

Verheugen:

Nein. Rein formal ist es ja so, dass bei jedem Hinzutritt neuer Mitglieder die Institutionen angepasst werden müssen, die Zahl der Kommissionsmitglieder, die Mitglieder im Europäischen Parlament, das Stimmenverhältnis im Rat usw. Ohne dieses Kapitel bekommen sie die Verhandlungen nicht zu Ende. Insofern ist eine institutionelle Anpassung immer notwendig, und sie wäre im Falle dieser Erweiterungsrunde fast gescheitert. Sie wurde mit einer Minimallösung im Vertrag von Nizza im Jahre 2000 geregelt. Dieser scheiterte allerdings zunächst an Irland. Wenn die Iren am Ende nicht doch ratifiziert hätten, wäre die Erweiterung nicht

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

möglich gewesen. Die Idee zu der Zeit war natürlich schon, dass wir eine viel weiter reichende institutionelle Weiterentwicklung brauchen. Wobei ich allerdings sage – und da weiche ich von der gängigen Auffassung ab: Sie war nicht wegen der Erweiterung notwendig. Die ungelösten Fragen seit den Verträgen von Maastricht (1991, in Kraft 1993) und Amsterdam (1997, in Kraft 1999) hatten nichts mit neuen Mitgliedsländern zu tun. Es sind Fragen, die mit der Dichte der Integration nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zusammenhängen. Ich sehe es nicht so, dass diese oder frühere Erweiterungen eine neue Qualität in der Substanz der Integration verlangt hätten. Es war aber Konsens, dass es so ist. Nachgefragt warum, heißt es, die Entscheidungsprozesse müssen vereinfacht werden. Sind sie es? Nein. Sind sie durch den Beitritt erschwert worden? Auch nicht. Ich kann aus der Praxis sagen, dass nach der Erweiterung die Sitzungen kürzer geworden sind. Jetzt sind alle eher bereit, auch einmal den Mund zu halten. Probleme entstehen dadurch, dass man immer irgendjemanden hat, der zu Hause eine Krise hat und nicht entscheiden kann oder will. Dieses Risiko wächst natürlich mit der Zahl der Mitglieder.

Gehler:

Waren denn alle Beitrittskandidaten damals nach den Kopenhagener Kriterien tatsächlich beitriffsreif?

Verheugen:

Beitriffsreif waren sie 1999 natürlich nicht, kein einziges Land. Die Kriterien waren „hinreichend“ erfüllt, so lautete jedenfalls die offizielle Einschätzung, die die Kommission abgegeben hat, um Beitrittsverhandlungen mit den restlichen Staaten beginnen zu können. Der Konsens ist, dass die politischen Kriterien erfüllt sein müssen, um die Verhandlungen beginnen zu können. Erst am Ende des Prozesses muss man wirklich beitriffsreif sein.

Gehler:

Wie weit sind eigentlich die neuen Mitglieder, die nun offiziell Vollmitglieder sind, doch eher in vielen Bereichen nur formelle Mitglieder und eigentlich in manchen Bereichen nur Mitglieder minus xy-Prozent?

Günter Verheugen

Verheugen:

Beim Beitritt ist ein Land Vollmitglied mit allen Rechten und Pflichten. Übergangsregeln ändern daran nichts. Anders ist natürlich, welche Stimmung gegenüber den Neuen herrscht. Da gab es manchmal schon eine gewisse Arroganz der Alten.

Gehler:

Stichwort Schengen und Stichwort Euro: In diesen Bereichen gibt es natürlich ein Gefälle.

Verheugen:

Das war von Anfang an klar. An Schengen und dem Euro zeigen sich die unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Wir haben auf die Beitrittskandidaten keinen Druck ausgeübt, nun auch ganz schnell den Euro zu übernehmen. Was wir wollten, war das Bekenntnis zur gemeinsamen Währung. Im Übrigen sollten die neuen Mitglieder das Tempo selber bestimmen. Schengen war auch an sich unstreitig. Schengen war in Wirklichkeit kein politisches Problem, sondern hier ging es eher um die Frage, ob die technischen Voraussetzungen gegeben sind, um den Schengenprozess aktiv mitzugestalten. Sobald festgestellt wurde, dass alle erforderlichen Voraussetzungen vorhanden waren, wurde der Schengenraum erweitert. Einen politischen Beigeschmack hat hier allein die Sache mit Rumänien und Bulgarien, das muss man klar sehen. Anders als die Briten hat keiner der neuen Mitglieder in diesen Bereichen eine permanente Ausnahmeregelung bekommen.

Gehler:

Warum war und ist Polen ein Schlüsselland für die Durchführung und das Gelingen der Osterweiterung?

Verheugen:

Für mich war es das. Ob alle es so sehen, weiß ich nicht. Zunächst einmal von der Größe her. Polen ist das mit Abstand größte Land in dieser Runde gewesen. Dann wegen seiner Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion (bzw. Russland), wegen seiner ganz besonderen Geschichte und wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Ich fragte mich, wie man ein Beitrittsszenario hinkriegen konnte, das dem polnischen Anspruch gerecht

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

wird, in der ersten Gruppe zu sein und andererseits die Qualitätsforderungen nicht verletzt. Die Wahrheit ist, dass die Polen lange Zeit geglaubt haben, für sie würden die Erweiterungsanforderungen nicht gelten. Die Verhandlungen sahen sie nur zum Zweck der Außendarstellung. Sie haben sehr spät begriffen, dass das ein Irrtum war. Sie stützten sich auf Zusagen, die sie von Helmut Kohl und Jacques Chirac bekommen hatten. Zwar hatte keiner von beiden den Polen versprochen, aufgenommen zu werden, ohne die Bedingungen zu erfüllen, aber die Polen hatten es so ausgelegt. Das habe ich ihnen mühsam beibringen müssen. Der Prozess in Polen war extrem schwierig, weil sie in den letzten zwei Jahren vor Abschluss der Verhandlungen noch unendlich viel nachzuholen hatten und das Parlament überhaupt keine Ferien mehr machen konnte. Sie mussten Tag und Nacht durcharbeiten, um alles zu schaffen. Die besondere Rolle Polens war ja letztlich ausschlaggebend für das tatsächliche Szenario, das ich vorgeschlagen habe. Es gab zunächst kein verbindliches Szenario. Konsens war das sogenannte Regattaprinzip: jeder kämpft für sich allein, jeder wird beurteilt nach seinen tatsächlichen Verdiensten und Leistungen und wenn er fertig ist, ist er fertig. Kaum jemand glaubte allerdings, dass diese Vorstellung realistisch war.

1998/1999 hatte sich daher bei einigen die Vorstellung durchgesetzt, die Beitritte in Kleingruppen zu realisieren. Deren Lieblingsvorstellung war die einer ersten kleinen Gruppe, die nicht weh tut: Slowenien, Estland und Ungarn, das damalige Lieblingskind aller Europäer. Wie schnell sich das ändern kann: Beim Nachdenken über diese Auffassung kam ich zu dem Ergebnis, dass ein solcher Beitrittsprozess zur Katastrophe wird. Die Polen würden Druck auf Deutschland ausüben, den Deutschland nicht aushalten kann. Die Tschechen würden Druck ausüben. Die Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in Polen und Tschechien war überhaupt nicht zu berechnen. Das Risiko, es so zu organisieren, war viel zu hoch.

Dann hat das Europäische Parlament eine wunderbare Vorlage beschlossen: Die Beitragsverhandlungen sollten so geführt werden, dass neue Mitglieder an der Europawahl des Jahres 2004 teilnehmen können. Das Europäische Parlament hat damit den Zeitrahmen vorgegeben. Damit war für mich klar, dass, wenn sie an diesen Wahlen teilnehmen sollen, sie

Günter Verheugen

spätestens am 1. Mai 2004 beitreten müssen, was dann auch geschah. Also mussten die Verhandlungen etwa Ende 2002 abgeschlossen sein. Die Frage war, ob das mit Polen zu schaffen war, ohne zu schummeln. Dieser Vorwurf ist erhoben worden in Bezug auf Polen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Polen es aus eigener Kraft geschafft haben. Wie auch die Erfahrungen seither zeigen: die Polen können alles schaffen, was sie wollen. Die Polen sind die positive Überraschung bei dieser Erweiterungsrunde. Ich habe damals das Problem in aller Offenheit mit der polnischen Regierung besprochen und dargelegt, dass sie in relativ kurzer Zeit die vollständige Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes verwirklichen müssen. Nun war es bei dieser Erweiterungsrunde anders als früher. Mit der rechtlichen Übernahme allein war es nicht getan. Wir verlangten außerdem, dass es am Tag des Beitritts auch wirklich funktionierte. Früher hat danach nie jemand gefragt. Es mussten also nicht nur die gesetzlichen Voraussetzungen, sondern auch die administrativen Voraussetzungen erfüllt sein, damit das Gemeinschaftsrecht tatsächliche Geltung erlangt. Da haben die Polen gezeigt, was sie können.

Es gibt aber auch noch einen sehr persönlichen Punkt. Während des gesamten Projekts stand für mich als Person weder das strategische noch das ökonomische Interesse im Vordergrund, sondern ich habe den Beitrittsprozess von Anfang an als eine historisch-moralische Verpflichtung betrachtet. Immer habe ich betont, dass es um viel mehr als um ökonomische Interessen oder Strategien geht, nämlich um Gerechtigkeit. Es geht darum, den Völkern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die, ohne gefragt worden zu sein und ohne ihre Schuld, unter die Herrschaft des Kommunismus geraten waren. Ich fand es unerträglich zu sagen, wir können es aber nicht machen, solange nicht eine gewisse ökonomische Konvergenz erreicht ist, so wie es vor allem Finanzminister der EU-Mitgliedsländer lange Zeit vertreten haben. Die Delors-Kommission war 1990 auch der Meinung, dass man etwa 20 bis 25 Jahre brauchen würde, um die entsprechende ökonomische Konvergenz zu erreichen. Danach, also nach heutigem Stand in sieben Jahren, könnte man dann vielleicht anfangen, über einen Beitritt zu reden. Dieses Argument fand ich einfach unmenschlich und unhistorisch, ja in tiefstem Sinne auch

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

unpolitisch, denn es besagt: „Ihr habt Pech gehabt mit Potsdam und Jalta, ihr seid auf der falschen Seite der Demarkationslinie gelandet, dummerweise haben wir uns nun so auseinander entwickelt. Ihr seid jetzt so arm, dass ihr nicht mitmachen könnt, das schaffen wir nicht.“ Diese Länder wären also ein zweites Mal bestraft worden. Einst hatten sie das historische Unglück, das sie nicht verursacht hatten, indem sie Opfer Hitlers und Stalins geworden waren und nun, nach ihrer Selbstbefreiung, würden sie kleinlichem Kalkül demokratischer Regierungen geopfert. Eine solche Vorstellung fand ich unerträglich und finde es immer noch. Wenn mir jemand sagt, das sei Moral, antworte ich: Politik ohne Moral, also reine Macht- und Interessenpolitik, schafft keinen Frieden. Unter diesem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit für Völker, denen Unrecht geschehen war, war für mich klar, dass auch der Zeitfaktor nicht zu sehr abhängig gemacht werden durfte von ökonomischen Faktoren.

Gehler:

Wie wichtig war die so genannte NATO-Osterweiterung im Vorfeld der EU-Erweiterung 2004/2007? Wie schätzen Sie die Rolle von Javier Solana als ehemaligen NATO-Generalsekretär sowie dann Generalsekretär des EU-Rats und Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein?

Verheugen:

Meine Antwort mag überraschen: NATO und EU sind zwei Welten, die sich kaum berühren. Ich habe in mehr als zehn Jahren in Brüssel nur ein einziges Mal mit der NATO zu tun gehabt und die Initiative ging von mir aus. Ein Treffen mit dem NATO-Generalsekretär George Robertson, um die Strategie abzustimmen. Ich dachte, das sei vielleicht wichtig, denn die NATO beschäftigt sich mit denselben Ländern wie die EU. Robertson fand es auch interessant, aber wohl nicht wichtig genug, um es fortzusetzen. Es hat auf der Ebene der Kommission keine Abstimmung mit der NATO gegeben. Die Abstimmung fand ganz woanders statt. Es sind doch dieselben Menschen, die im NATO-Rat und die im Europäischen Rat sitzen, dieselben Außenminister, dieselben Verteidigungsminister. Sie haben ja nicht zwei verschiedene Schubladen im Kopf. In Brüssel jedoch sind diese beiden Welten vollkommen voneinander getrennt. Die

Günter Verheugen

Kommission möchte am liebsten mit der NATO nichts zu tun haben. Für die NATO ist die EU ja sowieso eher etwas, was man als Hindernis betrachtet und worüber man sich beklagen muss, dass sie nichts „gebacken“ bekommt. Es ist ein Nicht-Verhältnis. Ich kann nur sagen: ich habe das, was die NATO gemacht hat, natürlich verfolgt und befürwortet, dass die Schlagzahl bei ihr deutlich höher war. In den Gesprächen, die ich mit den Regierungen der Kandidatenländer geführt habe, habe ich sie ermutigt, das zu machen. Aber dass es eine Abstimmung in irgendeiner Form gegeben oder dass es einen Einfluss gehabt hätte, wie wir diesen Prozess gesteuert haben, kann ich nicht sagen.

Gehler:

Gab es nicht auch Zusammenkünfte bzw. zumindest Arbeitskontakte?

Verheugen:

Arbeitskontakte habe ich nicht erlebt. Wir als EU-Kommissare hatten ja auch in der NATO-Struktur gar kein Pendant. Es ist denkbar, dass es daran liegt. Was ich schildere, ist nicht ein wirkliches Problem, weil es tatsächlich keinen Interessenkonflikt gab. Ich habe es immer so gesehen, dass die NATO im Großen und Ganzen damit einverstanden war mit dem, was wir gemacht haben.

Gehler:

War aus Sicht der ost-mitteleuropäischen Kandidatenländer die NATO nicht als die entscheidende sicherheitspolitische Absicherung mit Blick auf die Erweiterung im EU-Rahmen gedacht?

Verheugen:

Für die neuen Mitgliedsländer waren die Prioritäten klar: die NATO zuerst, weil sie nicht daran geglaubt haben, wenn ihnen erzählt wurde, dass die EU auch ein Produzent von kollektiver Sicherheit ist. Diese Zweifel hätte ich an deren Stelle auch gehabt. Sie wollten harte Sicherheit und das konnte niemand anderes bieten als die NATO. Es gab keinen Widerspruch. Ich kann die Frage nicht beantworten, ob das eine das andere begünstigt hat. Für die Länder, über die wir reden, war das eher ein einheitlicher Prozess.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Gehler:

Was führt von der Luxemburg-Gruppe 1997 zur Helsinki-Gruppe 1999, d.h. zur großen Erweiterung von fünf plus fünf und plus zwei mit Bulgarien und Rumänien?

Verheugen:

Die Luxemburg-Gruppe bestand aus sechs: die Esten, die Polen, die Tschechen, die Ungarn, die Slowenen und die Zyprioten. Dann habe ich noch als Staatsminister angefangen, mit den Europaministern der wichtigsten Mitgliedsländer die Frage zu erörtern, wozu es führt, wenn wir so restriktiv bleiben. Oben die Esten, dann kommt ein Loch, die Letten und die Litauer im Niemandsland, dann die Tschechen drinnen und dann wieder das Loch mit den Slowaken. Das führt zu einem Beitrittsszenario, wo wir alle zwei bis drei Jahre neue Beitritte haben und über Jahrzehnte Unsicherheit bekommen. Das war meiner Meinung nach Unsinn. Wenn wir schon verhandeln, sollten wir es gleich mit so vielen wie möglich machen, zumal ja auch Argumente wie Bevölkerungszahlen eine Rolle spielen.

Bei Rumänien und Bulgarien war aber von Anfang an klar, dass diese beiden Länder mehr Zeit brauchen. Als ich 1999 in der Kommission anfang, fand ich eine fertige Strategie vor: fertige Fortschrittsberichte und fertige Handlungsempfehlungen. Die Handlungsempfehlungen habe ich verworfen. Der Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rat von Helsinki basierte auf den Ergebnissen der Konsultationen, die ich für die deutsche Regierung im Jahr davor geführt hatte. Ich wusste, dass es dazu einen breiten Konsens gab. Deshalb wurde der Vorschlag der Kommission auch vom Rat gebilligt. Es hat sich ja dann auch herausgestellt, dass es ganz gut funktioniert hat. Am Anfang war es aber auch so, dass die Mitglieder der Luxemburg-Gruppe diesen Vorschlag nicht gerne gesehen haben, weil sie dachten, die Kommission würde es administrativ nicht schaffen, mit zwölf Ländern gleichzeitig zu verhandeln und sich auch noch um die Türkei zu kümmern. Die Mitglieder der Helsinki-Gruppe wiederum dachten anfänglich, sie bekämen allenfalls ein Trostpflaster, aber in Wahrheit würden wir sie warten lassen. Dass es so nicht kam, ist auch der Tatsache geschuldet, dass Prodi die Entscheidung getroffen hatte, eine eigene Generaldirektion für diese Arbeit zu schaffen und gleichzeitig die

Günter Verheugen

Arbeit der ganzen Kommission auf den Beitrittsprozess zu konzentrieren. Das hat es ja vorher nie gegeben.

Meine Generaldirektion bestand aus hochqualifizierten Fachleuten, das muss ich wirklich sagen. Die Organisation war so, dass eine Arbeitseinheit gesamtzuständig war für ein Land und horizontal zuständig war für einige wenige Verhandlungsthemen, so dass jede Arbeitseinheit in den Gesamtprozess eingebunden war. Das hat hervorragend funktioniert. Die Arbeit war natürlich attraktiv für die besten Leute in der Kommission. Es gab keinen Mangel an exzellenten Bewerbern. Es war ein tolles Team.

Gehler:

Herzlichen Dank, Herr Verheugen, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben.

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** ist ein interdisziplinäres Forschungs- und Weiterbildungsinstitut der Universität Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie geben die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten des ZEI zusammen.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** is an interdisciplinary research and further education institute at the University of Bonn. *ZEI – DISCUSSION PAPER* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. They express the personal opinion of the authors. The papers often reflect on-going research projects at ZEI.

Die neuesten ZEI Discussion Paper / Most recent ZEI Discussion Paper:

- C 207 (2011) Klaus-Jörg Heynen
Negotiating EU Law. Particularities and Conclusions
- C 208 (2011) Corsino Tolentino/Matthias Vogl (eds.)
Sustainable Development in West Africa
- C 209 (2012) Patricia Luíza Kegel/Mohamed Amal
MERCOSUR and its Current Relationship to the European Union. Prospects and Challenges in a Changing World
- C 210 (2012) Peter M. Schmidhuber
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 211 (2012) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Schlüsselwörter der sozialen Ordnung (I)
- C 212 (2012) Ludger Kühnhardt
Regieren in der europäischen Föderation
- C 213 (2012) Ryszard Rapacki
Poland and Greece – Two Contrasting EU Enlargement Experiences
- C 214 (2012) Claudia Rommel
Economic Partnership Agreements in the EU's post-Lomé Trade Regime: Negotiations with West Africa
- C 215 (2013) Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.)
Die Gestaltung der Globalität. Schlüsselwörter der sozialen Ordnung (II)
- C 216 (2013) Marc Jan Eumann
Current Challenges in EU Politics. A Perspective from North Rhine-Westphalia
- C 217 (2013) Desislava Krалеva
Free Movement of Workers in the EU. Legal Aspects of the Transitional Arrangements
- C 218 (2013) Martin Seidel
Die deutsche Europapolitik unter den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts
- C 219 (2013) Thorsten Kim Schreiwies
Die Demokratisierung der Europäischen Union
- C 220 (2013) Michael Schreyer
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 221 (2014) Günter Verheugen
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Die vollständige Liste seit 1998 und alle Discussion Paper zum Download finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

For a complete list since 1998 and all Discussion Paper for download, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

